

8. Medienförderung im Kanton Zürich

Postulat Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Wilma Willi (Grüne, Stadel), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 31. Mai 2021

KR-Nr. 206/2021, RRB-Nr. 1033/15. September 2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 15. September 2021 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Mit diesem Postulat möchten wir Grünen ein Nachdenken über eine kantonale Medienförderung anregen. Konkret möchten wir ein Konzept erhalten, in welchem dargelegt ist, wie mit indirekten und/oder direkten Medienförderungsmassnahmen die Medienvielfalt und -qualität im Kanton Zürich gesichert werden kann. Wir wollen auch dargelegt bekommen, was solche Fördermassnahmen im Kanton Zürich kosten würden, welche gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden müssten und wie diese kantonalen Fördermassnahmen auch optimal auf diejenigen des Bundes abgestimmt werden können. Warum regen wir dieses Nachdenken über die kantonale Medienförderung an? Es gibt drei Hauptgründe:

Erstens: Unabhängige – und ich betone «unabhängige» – publizistische Medien sind für unsere direkte Demokratie zentral. Medien stellen Öffentlichkeit her. Sie informieren uns über das gesellschaftliche und politische Geschehen. Sie tragen so zur Meinungsbildung bei und ermöglichen so auch Teilhabe und Teilnahme. In unserem Staatswesen übernehmen die Medien, die unabhängigen Medien, zudem eine ganz wichtige Kontrollfunktion.

Zweiter Hauptgrund: Der Journalismus steht seit längerem massiv unter Druck. Die einheimischen Medien verlieren Werbeeinnahmen an internationale Plattformen. Die Folgen – wir kennen sie – sind die Zusammenlegung von Redaktionen, Stellenabbau und ein Rückgang der Medienvielfalt. Im Kanton Zürich zum Beispiel berichten die grossen überregionalen Zeitungen nur noch selten über lokale oder regionale politische Geschehnisse ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur. Die Tamedia (*heute TX-Gruppe, Schweizer Medienkonzern*) hat 2021 mit ihrem Redaktionsnetzwerk denn auch gleich die Berichterstattung für vier Regionalzeitungen übernommen. Ihre Marktmacht hat damit weiter zugenommen. Die Plattformen und sozialen Medien haben inzwischen eine grosse Reichweite und damit auch viel Deutungsmacht. Mit ihren Algorithmen entscheiden sie darüber, welche Informationen für uns überhaupt noch auffindbar sind. Bei ihnen vermengen sich zudem journalistisch aufbereitete Beiträge mit interessengeleiteten und kommerziellen Inhalten. Auch diese Vermengung ist für uns als Nutzerinnen und Nutzer dieser Plattformen häufig kaum deutlich erkennbar.

Die Medienbranche leidet zudem auch unter einem Fachkräftemangel. In den letzten Jahren haben mehrere hundert Journalistinnen und Journalisten die Branche verlassen und damit ist enorm viel Wissen verlorengegangen. Dieses fehlende

Wissen kommt einem auch als Leserin bei journalistischen Beiträgen in den Regionalzeitungen eigentlich täglich entgegen, wie viel Wissen da heute auch fehlt. Das digitale Magazin «Republik» geht den Gründen für diesen Fachkräftemangel, für dieses Wegbrechen von Journalistinnen und Journalisten, regelmässig nach. Es kommt zum Schluss, dass grosse Medienhäuser die Personalentwicklung, die Aus- und Weiterbildung vernachlässigen. Auch sei der Finanz- und Zeitdruck inzwischen enorm. Gemäss einer Studie des Forschungszentrums für Öffentlichkeit und Gesellschaft der Uni Zürich sind die Einfluss- und Druckversuche auf Journalistinnen und Journalisten inzwischen beträchtlich.

Die Demokratie leidet aber auch unter dem veränderten Medienkonsum. Dieser hat sich ebenfalls in den letzten Jahren deutlich verändert. Die News-Deprivation von jungen Erwachsenen wird negative Konsequenzen für unsere Demokratie haben. Wilma Willi wird auf dieses Medienkonsumverhalten von jungen Menschen nachher noch etwas detaillierter eingehen.

Weiter sprechen aber auch folgende Entwicklungen dafür, dass sich der Kanton Zürich mit einer eigenständigen Medienförderung auseinandersetzen soll, und ich betone das Auseinandersetzen. Die Stimmbevölkerung hat das befristete Medienpaket des Bundesrates im Februar 2022 abgelehnt. Online-Medien hätten damit erstmals und private Lokalradios und regionale Fernsehstationen zusätzlich unterstützt werden sollen. Aktuell sind die zuständigen Parlamentskommissionen von National- und Ständerat daran, einen neuen Anlauf für eine zukunftsfähige Medienförderung zu nehmen, Resultat noch offen.

Auch die eidgenössische Medienkommission hat im Januar anfangs dieses Jahres ihre Ideen für eine technologie neutrale Unterstützung privater journalistischer Angebote publiziert. Sie plädiert unter anderem dafür, künftig die Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden, die Medienforschung, eine nationale Nachrichtenagentur, Infrastrukturen, Recherchefonds sowie Projekte privater journalistischer Angebote zu unterstützen. Viele Kantone führen eine solche Diskussion über eine kantonale Medienförderung. Die Kantone Waadt, Bern und Freiburg haben bereits Fördermassnahmen beschlossen. Der Kanton Genf beabsichtigt, die Medienkompetenzen der Bevölkerung und den Investigativ-Journalismus zu fördern. Im Kanton Basel-Stadt muss der Regierungsrat bis 2024 aufzeigen, wie er die Unabhängigkeit und Vielfalt der Information sicherstellen will. Und die Westschweizer Regierungskonferenz prüft die Idee einer interkantonalen Stiftung zur Presseförderung. Auch in den Kantonen Sankt Gallen und Graubünden liegen Berichte zur kantonalen Medienförderung vor.

Für uns ist klar: Der Zürcher Regierungsrat erkennt in seiner Stellungnahme die Veränderung der Medienlandschaft und des Medienkonsums und dessen negative Folgen für unsere Demokratie. Die von ihm erwähnten beiden Massnahmen – Journalismus-Ausbildung an der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) sowie Schulfach «Informatik und Medien» an der Volksschule – sind definitiv ungenügend, um eine vielfältige, regionale und lokale Medienberichterstattung im Kanton Zürich zu sichern.

Unsere Demokratie ist wegen des Strukturwandels in der schweizerischen Medienlandschaft des unter Druck stehenden Journalismus und des veränderten Medienkonsumverhaltens junger Erwachsener herausgefordert, wenn nicht sogar gefährdet. Nehmen wir das gescheiterte Medienpaket des Bundesrats, die Impulse der eidgenössischen Medienkommission für die zukünftige Unterstützung privater journalistischer Angebote und die Diskussionen in verschiedenen Kantonen zum Anlass, für unseren Kanton eine eigenständige Medienförderung zu entwickeln. Wir Grüne würden uns auch einer interkantonalen Medienförderung in der Deutschschweiz selbstverständlich nicht verschliessen, denn unsere Demokratie muss uns das einfach wert sein. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Postulates.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Grundsätzlich ist der Bund zuständig für die Medienförderung beziehungsweise hatte das Parlament einer Anpassung der Medienförderung auf rund 175 Millionen Franken pro Jahr im Juni 2021 zugestimmt. 2022 haben die Schweizer und die Zürcher Stimmbevölkerung mit jeweils rund 55 Prozent – auch die SVP war dagegen – die Vorlage abgelehnt. Die Mitte hat im Nationalrat bereits einen neuen Vorstoss eingereicht und die zuständige Kommission hat vor kurzem zwei parlamentarischen Initiativen zur indirekten Medienförderung zugestimmt. Der Kanton Zürich sollte die Medien sicher nicht auch noch zusätzlich in irgendeiner Weise mit Geld fördern, was am Schluss das Ziel der Initianten ist. Der im Postulat erwähnte Punkt betreffend die Konzentrierung auf beispielsweise TX-Group, da haben die Initianten aber sicher nicht unrecht, dies als nicht ideal zu sehen. Sie kommen aber zum falschen Schluss. Dann sollten die grossen Medienkonzerne eben gar nicht beziehungsweise ganz sicher nicht noch mehr subventioniert werden, direkt oder indirekt, Stichwort «Zustellverbilligung». Ganz grundsätzlich würden von Steuergeldern in der Regel in einem grossen Ausmass Grossverlage profitieren, die oft grosse Gewinne abwerfen, Ringier, TX-Gruppe et cetera. Gerade dieser Punkt wurde beispielsweise bei der abgelehnten Bundesvorlage ausgeweitet auf Zeitungen, die mehr als 100'000 Exemplare verkaufen. «Verluste und Kosten an den Steuerzahler und die Gewinne an die Aktionäre», das ist etwas, das sonst die Linken beispielsweise bei den Banken Krisen immer als Argument bringen. Bei den Medien sehen sie das leider weniger kritisch, unter anderem sicher daher, weil diese Parteien von den Medien im Allgemeinen auch verhätschelt und/oder unterstützt werden in der politischen Haltung beziehungsweise vor allem in der Anti-SVP-Haltung; das haben wir vor kurzem bei den nationalen Wahlen wieder mehr als genügend und fast täglich erlebt.

Es ist sicher ein Problem, dass die kleinen Zeitungen laufend verschwinden und/oder aufgekauft werden. Nur mit Steuergeld ist es aber nicht einfach so zu lösen, sondern es braucht vor allem innovative und neue Ideen von Unternehmen und Medienschaffenden und nicht immer noch mehr Geld von Steuerzahlern im Allgemeinen und noch weniger auf kantonaler Ebene. Die SVP/EDU-Fraktion lehnt dieses unnötige Postulat ab.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Mit dem Postulat wird der Regierungsrat eingeladen, in einem Konzept darzulegen, mit welchen indirekten oder direkten Fördermassnahmen die Medienvielfalt und Qualität im Kanton Zürich gesichert werden kann. Einheimische Medien würden sich seit längerem mit Einbruch an Werbe- und Publikumseinnahmen konfrontiert sehen. Sie können unschwer erraten, dass die FDP das Postulat nicht unterstützt. Wir brauchen keine zusätzliche Medienförderung und schon gar nicht brauchen wir einen kantonalen Flickenteppich mit kantonalen Sonderförderungsmaßnahmen. Seit 2003 sind über 70 Zeitungstitel verschwunden. Das Verschwinden der Titel schwäche die Berichterstattung über das Geschehen vor Ort, wird behauptet. Das mag sogar stimmen, es sind aber in den letzten Jahren auch verschiedene innovative und kreative Modelle entstanden – ich erinnere beispielsweise an Online-Medien, «Watson», «Republik» et cetera –, solche kreativen neuen Medien sind entstanden. Bereits heute wird die Postzustellung von Medienprodukten in der Schweiz jährlich mit rund 140 Millionen Franken subventioniert. Das nennt sich indirekte Presseförderung. Also wir haben bereits eine Presseförderung, einfach indirekt über die vereinfachte Postzustellung. Es gibt noch weitere Massnahmen, beispielsweise, dass Medienfirmen von einem vergünstigten Mehrwertsteuersatz profitieren. Und auch die SRG (*Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft*) wird jährlich mit sehr viel Geld bedacht, wie Sie ja alle wissen.

Es gilt doch der Grundsatz «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing». Bundesrat und Parlament wollten mit einer gesonderten Vorlage die privaten Medien subventionieren, was vom Volk abgelehnt worden ist; das ist bereits erwähnt worden. Diese Vorlage hatte den Konstruktionsfehler, dass vor allem die grossen Medienhäuser davon profitiert hätten. Also es war ein völlig falsches Anreizkonzept hier in dieser Vorlage.

Aus ordnungspolitischen Gründen sind neue Fördertatbestände für Medien und damit eine weitere direkte Medienförderung abzulehnen. Heute betragen die indirekten Subventionen bereits mehrere Millionen Franken pro Jahr, und das muss genügen. Wo der Staat direkte Leistungen ausrichtet, steigt auch der Druck auf eine staatliche Kontrolle, da die Abhängigkeit zunimmt. Wir wollen aber unabhängige Medien und deshalb lehnen wir das Postulat ab.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Geschäftsführer eines Medienunternehmens und beruflich seit 25 Jahren im Medienbereich tätig.

Dieses Postulat fordert von der Regierung, ein Konzept zu erstellen, mit welchen indirekten oder direkten Fördermassnahmen die Medienvielfalt und Qualität im Kanton Zürich gesichert werden können. Erfreulich ist: Die Regierung anerkennt die Wichtigkeit der Medienvielfalt und Qualität für die Demokratie. Aber – und das ist das grosse Aber – sie verweist auf die Medienförderung des Bundes, der ja die SRG unterstütze und für die Zeitungszustellungsverbilligung zuständig sei. Zudem unterstütze man ja die Journalismus-Ausbildung der ZHAW. Medienqualität ist wichtig, aber sie darf nichts kosten. Ich finde es enttäuschend, dass der Kanton keine Perspektive für Medienförderung hat. Zumindest könnte der Kanton

Zürich die berufsbegleitende Ausbildung von Medienschaffenden an der anerkannten Schweizer Journalismus-Schule MAZ, Medienausbildungszentrum Luzern, unterstützen. Studierende der zweijährigen Diplomausbildung Journalismus, die aus den Kantonen Glarus, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Thurgau, Uri, Zug, Baselland, Basel-Stadt, Freiburg und Solothurn kommen, bezahlen für das Studium 18'000 Franken, weil ihre Kantone die Ausbildung mit 10'000 Franken unterstützen. Studierende aus dem Kanton Zürich bezahlen aber die vollen 28'000 Franken, weil der Kanton Zürich eben nichts bezahlt.

Mit der entsprechenden Motion 479/2022, «Medienqualität fördern, Medienausbildungszentrum MAZ unterstützen» haben wir gefordert, dass der Kanton Zürich dieses knauserige Verhalten endlich korrigiert und die führende Schweizer Journalismus-Schule und deren berufsbegleitende Journalismus-Ausbildung endlich subventioniert. Aber der Regierungsrat will auch das nicht: Die Institution seien schwer vergleichbar und überhaupt, einmal mehr, man habe ja das ZHAW-Studium. Es ist mir bewusst, dass die erwähnte Motion nicht die JI (*Direktion der Justiz und des Innern*), sondern die Bildungsdirektion betrifft, aber dieses Beispiel zeigt exemplarisch: Medienqualität ist dem Regierungsrat wichtig, aber sie darf nichts kosten. Wir beschwerten uns dann lieber über schlechten Journalismus von Medienschaffenden notabene, die sich am Anfang ihrer Berufslaufbahn die 28'000-fränkige Ausbildung aus ihrem bescheidenen Praktikumslohn nicht leisten können.

Der Regierungsrat bringt es auf den Punkt: Medienvielfalt, Medienqualität und die Qualität der Demokratie bedingen sich gegenseitig. Aber das sollte kein Lippenbekenntnis bleiben. Die Demokratie im Kanton Zürich hat eine angemessene Medienförderung verdient. Die EVP unterstützt daher dieses Postulat.

Brigitte Rössli (SP, Illnau-Effretikon): Ich teile die Meinung des Regierungsrates, dass sich die Medienlandschaft in der Schweiz in den letzten Jahren verändert hat. Vor allem die Printmedien benötigen jedoch Unterstützung. In der Schweiz sind seit dem Jahr 2000 über 70 Zeitungstitel verschwunden. Die Abo-Kosten stiegen in 20 Jahren um rund 70 Prozent. Anstelle der gedruckten Medien orientieren sich die Menschen zunehmend an Online-Angeboten. Weil sie sich aber auch die Werbung vermehrt auf die Online-Plattformen verschoben haben, sanken die Werbeeinnahmen um rund 60 Prozent. Erstaunlich ist, dass der Profit der Medienhäuser in dieser Zeit laut Avenir Suisse (*Schweizer Thinktank*) weitgehend gleichblieb. Das ist aus meiner Sicht nur möglich durch einen massiven Qualitätsabbau.

Die Situation im Kanton Zürich ist nicht so rosig, wie das vom Regierungsrat beschrieben wird. Zum Glück, ja, verfügen wir über verschiedene grosse Medienhäuser und wir haben zwei Tageszeitungen – zwei grosse, wir haben noch mehr –, aber die Lokalblätter wurden in den letzten Jahren doch weitgehend aufgekauft und in die grossen Medienhäuser integriert. Dadurch verloren sie an Souveränität und Eigenständigkeit. Die verschiedenen Redaktionen wurden aufs Minimalste reduziert. Wenn ich die verschiedenen Zeitungen anschau, dann sehe ich zwischen dem Tages-Anzeiger und zum Beispiel dem Zürcher Oberländer nur noch ganz marginale Unterschiede. Der kleine Unterschied sind die Lokalnachrichten,

doch für diese stehen oft nur noch zwei, drei Seiten zur Verfügung, welche durch teilweise auch schlecht ausgebildete Journalistinnen und Journalisten ohne Fachkenntnisse unter Zeitdruck recherchiert werden. Am besten ist, wenn ich eine Medienmitteilung schreibe, die dann wortwörtlich abgeschrieben werden kann. Darunter leidet vor allem die Berichterstattung aus kleinen Dörfern und kleinen Städten, zum Beispiel über Veranstaltungen und das politische Geschehen. Für Vereine ist es besonders schwierig, sich noch in der Öffentlichkeit präsentieren zu können, und Vereine sind eine wichtige Grundlage bei uns in der Schweiz. Ohne kostspielige Inserate ist es heute fast unmöglich, auf eine Veranstaltung oder Vereinsaktivität hinweisen zu können. Das erlebe ich zum Beispiel bei uns in der Stadt, wo das Seniorennetzwerk verzweifelt einen Weg sucht, wie die Menschen in der Stadt über ihre Veranstaltungen informiert werden können. Für starke Vereine und zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben der Gemeinden sind Printmedien heute noch eine wichtige Grundlage.

Auch die Berichterstattung über politisches Geschehen ist sehr marginal. Um die politische Diskussion auch in ländlichen Gegenden führen zu können, benötigt es auch dort unabhängige Medien, welche die Themen aufgreifen und verschiedene Sichtweisen offenlegen. Kritische Medien sind eine sehr wichtige Grundlage der Demokratie. Dieser Verlust an Vielfalt ist für die demokratische Meinungsbildung besorgniserregend. Ältere Menschen und bildungsferne Personen, welche mit der Digitalisierung nicht Schritt halten können, sind mit den Online-Medien oft überfordert. Das heisst, dass diese sie auch über das gesellschaftliche und politische Geschehen in den einzelnen Gemeinden nur ungenügend informieren können. Information ist Macht und gehört zu jeder Demokratie. Die Medienvielfalt muss im Kanton Zürich mindestens auf dem heutigen Level gehalten werden. Deshalb erachtet es die SP-Fraktion als dringend nötig, dass mit einem Konzept dargelegt wird, wie die Medienvielfalt und -qualität im Kanton Zürich gesichert werden kann. Wir unterstützen das Postulat.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Mit unserem Postulat verlangen wir ein Konzept zur Sicherung der Medienvielfalt im Kanton Zürich. Mit der Stellungnahme des Regierungsrates bin auch ich nicht zufrieden. Ich unterrichte an einer Berufsfachschule und bin sehr besorgt. Eine Motion der Partei der Mitte im Kanton Aargau verlangte vor einer Weile ein Gratis-Zeitungsabonnement für ein Jahr für 18-jährige. Dies stiess bei Pädagoginnen in der ganzen Schweiz auf Interesse. Weshalb? Wie es in der Antwort des Regierungsrates erwähnt wird, räumt der Lehrplan 21 im Modul «Medien und Informatik» der Medienkompetenz breiten Raum ein. Die Schule soll einen wichtigen Beitrag leisten, um jungen Menschen den Wert und die Bedeutung eines redaktionell sorgfältig gemachten Medienprodukts bewusst zu machen. So weit, so gut. Meine Erfahrung mit den Jugendlichen nach dem Übertritt auf die Sekundarstufe II zeigt aber, dass fast niemand die Tagesaktualitäten kennt, sondern höchstens Sport-Schlagzeilen oder andere nicht relevante Kurzfakten über Prince Harry (*Herzog von Sussex*) oder Kim Kardashian (*US-amerikanische Unternehmerin*), wie es so auf den sozialen Medien mit Push-Mes-

sages üblich ist. Lokale und kantonale Gegebenheiten sind unbekannt und ungelesen. Meine Beobachtungen werden bestätigt durch Untersuchungen, die im Jahrbuch «Qualität der Medien» der Universität Zürich erschienen. Die Vertiefungsstudie des Jahrbuchs aus dem Jahr 2022 zeigt eine sehr unerfreuliche Entwicklung. Eine Untersuchung hat mit einem innovativen Verfahren die Mediennutzung von jungen Erwachsenen auf ihrem Smartphone aufgezeichnet. Die Ergebnisse der Untersuchung sind ernüchternd: Die mobile News-Nutzung ist auffallend gering, der durchschnittliche News-Konsum via Smartphone beträgt nur gerade sieben Minuten pro Tag. Die Situation der News-Deprivation, das heisst die Unterversorgung mit professionell und gemäss Qualitätsstandards erstellten News, verschärft sich. Das ist problematisch und sollte von uns sehr ernst genommen werden. Diese Untersuchungen fanden wohlgerne nach Einreichung unseres Postulates statt und sind deshalb umso relevanter für unsere heutige Debatte. Wenn Sie sich fragen, wieso wir diese Situation sehr ernst nehmen müssen, haben wir auch diesbezüglich Resultate von wissenschaftlichen Untersuchungen. So zeigt die Untersuchung am Beispiel des Abstimmungs-Wochenendes vom 13. Februar 2022, dass die Gruppe der News-Deprivierten im Vergleich zu Personen mit anderen News-Repertoires, erstens, weniger oft an politischen Prozess teilnehmen, zweitens, ein geringeres Politikinteresse aufweisen und, drittens, den politischen Institutionen weniger stark vertrauen.

Auch der Regierungsrat misst in seiner Antwort einem gut funktionierenden Mediensystem eine hohe Bedeutung für die Qualität der demokratischen Auseinandersetzung zu. So weit, so gut. Wenn er die kantonale Medienförderung jedoch ablehnt, und dies mit der Begründung, eine solche könnte die Unabhängigkeit der Medien vom Staat gefährden, zeigt es, dass der Regierungsrat nicht alle Fakten kennt oder sie ignoriert. Denn die besagte Untersuchung konnte auch aufzeigen, dass die News-Deprivierten ein signifikant geringeres Interesse an Politik aufweisen. Auch ist ihr Vertrauen in die Regierung von allen Bevölkerungsgruppen am geringsten. Somit ist diese Tatsache sehr ernst zu nehmen und die Medienförderung sehr bald und sehr seriös anzupacken. Und wir erwarten, dass die Regierung darlegt, mit welchen Massnahmen sie dieser Lücke und der Medienabstinenz von jungen Menschen entgegenwirken wird. Denn die Zeit drängt und wir dürfen nicht länger zuwarten. Die Bildung in unserem Kanton ist uns einfach zu wichtig. Und die politische Meinungsbildung ist in unserem Kanton ebenfalls sehr wichtig. Wir dürfen nicht nichts tun ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Gerne gebe ich meine Interessenbindung unbekannt: Ich habe bei der Mediengewerkschaft Schweizer Syndikat Medienschaffender, SSM, als politische Sekretärin gearbeitet. Seit Jahren setze ich mich beruflich und auf gewerkschaftlicher Ebene für eine zeitgemässe Medienförderung ein.

Wir befinden heute darüber, ob sich der Kanton Zürich in der Medienförderung stärker engagieren muss. Es geht um einen Grundlagenbericht, nichts weiter. Im Zentrum steht die Frage, mit welchen kantonalen Massnahmen die Vielfalt und Qualität der Medien hinsichtlich lokaler, regionaler und kantonalen Information

beziehungsweise Berichterstattung gestärkt werden kann. Gerade für uns als kantonale und kommunale Politikerinnen und Politiker ist diese Frage hochrelevant. Es kann nicht in unserem Sinn sein, dass das Interesse und auch das Wissen bei der Bevölkerung stetig weiter abnehmen. Wir sind angewiesen darauf, dass die Menschen wissen, was wir machen, dass sie sich interessieren, dass sie sich beteiligen, sonst bekommt die Demokratie zur wertlosen Worthülse. Es gibt zahlreiche Massnahmen und Instrumente zur indirekten und direkten Medienförderung. Auf nationaler Ebene hat die Schweiz jahrzehntelange Erfahrung damit, ohne je die Unabhängigkeit der Medien zu tangieren. Auf kantonaler Ebene ist die Investition in die journalistische Ausbildung und die Medienbildung der Bevölkerung sehr, sehr wichtig. Hier ist der Kanton bei der Medienausbildung zwar bereits engagiert, aber, ehrlich gesagt, auf einem tiefstmöglichen Niveau. Die wichtigste berufsbegleitende Ausbildungsstätte für Medienschaffende in der Deutschschweiz, das Medienausbildungszentrum MAZ in Luzern beispielsweise, wird vom Kanton Zürich nicht unterstützt. Es ist absolut beschämend, wie sich der Regierungsrat in der Beantwortung meiner Motion 479/2022 über das mehr als 40 Jahre alte MAZ äussert. Die Schule, an der tausende von Journalistinnen und Journalisten praxisnah ausgebildet werden oder wurden, wird in die Schmutzlecke einer vom Bund nicht anerkannten tertiären Ausbildungsstätte gestellt. Auch ich habe einen Teil meiner berufsbegleitenden Ausbildung am MAZ gemacht. Viele ethische und medienethische Fragen stellen sich erst in der konkreten Praxis, und da war das MAZ als kritischer Reflexionsort immer sehr hilfreich. Es wäre also an der Zeit, dass der Kanton Zürich auch die Medienausbildung am MAZ subventioniert oder unterstützt, finanziell unterstützt.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Alternative Liste wird das vorliegende Postulat darum überweisen, und ich hoffe, Sie machen dasselbe. Besten Dank.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti): Die Mitte-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen. Der Regierungsrat konnte in seiner Antwort überzeugend darlegen, dass er dem Thema bereits grosse Beachtung schenkt. Ebenso ist der Bund in der Medienförderung schon lange aktiv. Auf die Qualität der medialen Berichterstattung muss selbstverständlich ein grosses Augenmerk gelegt werden, aber weitere Fördermassnahmen erachten wir zum jetzigen Zeitpunkt für unnötig. Besonders wichtig ist aus Sicht der Mitte die Medienkompetenz. Es braucht einen mündigen Umgang mit Medien. Wir haben es gehört, die Berichterstattung hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Jugendliche informieren sich heute lieber über Tiktok (*Social-Media-Plattform*). Es ist wichtig, dass wir hinterfragen können, was uns die Medien präsentieren. Medienkompetenz setzt auch Eigenverantwortung voraus. Zum Glück erlernen Kinder und Jugendliche diese Kompetenz heutzutage in der Schule dank dem Lehrplan 21 und hoffentlich auch zu Hause über das Elternhaus. Man kann nicht alles an den Staat delegieren. Zusätzliche finanzielle Mittel für Medienförderung sind sicher nicht die Lösung. Wir lehnen das Postulat ab.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Unabhängige Medien sind für eine direkte Demokratie zwingend. Unabhängige Medien sind wichtig, damit sich die Bevölkerung informieren kann. Und ja, unabhängige Medien kosten auch. Die Frage ist: Wo fallen diese Kosten an? Die Zeiten, in denen wir uns am Morgen mit einer Tageszeitung und am Abend mit der Tagesschau informiert haben, sind längst vorbei. Heute konsumieren wir Medien und Nachrichten den ganzen Tag, zu jeder Zeit, ja, nicht nur stündlich, sogar fast sekundlich. Die Nachrichten konsumieren wir teilweise auch kostenlos. Und wer sich hier drin noch nie über eine Paywall aufgeregt hat, der hat tatsächlich die Möglichkeit, hier zu sagen, dass er das immer korrekt macht. Aber wir wissen auch: Die digitalen Medien haben dazu geführt, dass es heute wahnsinnig einfach ist, einen Artikel zu fotografieren und dann mit Freunden, Familien, ja, über die sozialen Netzwerke sogar mit der ganzen Welt zu teilen. Dann werden die Abo-Kosten, die eine Person zahlt, plötzlich zu Abo-Kosten, denen das Dutzendfache an Nutzern gegenübersteht. Dass sich dann die Abos verteuern und die Medien versuchen, sich dem zu widersetzen, ist völlig klar. Es braucht hier aber einen verantwortungsvollen Umgang von allen Beteiligten. Sowohl die Nutzenden müssen sich bewusst sein, was sie machen, wenn sie Paywalls umgehen oder Nachrichten gratis miteinander teilen, wie auch die Medienhäuser müssen sich fragen, wie sie den heutigen Zeiten gerecht werden, wie sie die Nachrichten verbreiten, auf welchen Kanälen, um auch wieder Abonnenten zu finden, die bereit sind, für die Nachrichten in guter Qualität zu zahlen. Dieser Vorstoss fordert, dass der Kanton hier nun eine Medienförderung aufzieht. Medienförderung ist Sache des Bundes. Der Bund hat hier die Aufgabe, eine Medienförderung vorzugeben, und das finden wir auch richtig und korrekt. Dass wir hier aber eine Parallelstruktur auf kantonaler Ebene aufziehen, das sehen wir nicht. Medienförderung findet auf Bundesebene statt, und da muss klar sichergestellt werden, dass es nicht nur die grossen Medienhäuser sind, die davon profitieren, sondern eben auch kleine und unabhängige Medien davon profitieren können. Das hat auch das Resultat zum letzten Medienförderungspaket ganz klar und deutlich gezeigt. Die klassische Medienförderung muss damit auch in der neuen Zeit ankommen und unserem neuen Medienkonsum gerecht werden. Wir erwarten aber auch eine gewisse Selbstverantwortung der Konsumenten und der Medienhäuser, sich den neuen Tatsachen anzupassen. Entsprechend werden wir diesen Vorstoss nicht unterstützen.

René Isler (SVP, Winterthur): «Jede staatliche Medienunterstützung ist nicht nur einer Demokratie unwürdig, sondern hat auch noch nie zur Besserung der Qualität von Journalismus und Medienhäusern geführt.» Dieses Zitat ist so genial, es könnte von mir sein, aber ich habe es natürlich abgeschrieben von einem ganz grossen Politiker der SPD in Deutschland. Eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft ist deshalb zentral für eine funktionierende Demokratie. Staatliche Medienförderungsmassnahmen sind vielmehr aufzuheben und nicht noch auszubauen. Denn es wurde von allen Parteien ja postuliert, dass die Medienhäuser wirklich ein ernsthaftes Problem haben, vor allem mit der heutigen jungen Generation. Wer mal eine Umfrage macht in Schulhäusern, in Gewerbeschulen, aber

auch in Mensen oder in Universitäten, der stellt fest, dass der Medienkonsum, wie wir das noch hatten oder unsere Eltern hatten oder unsere älteren Söhne haben, heute so nicht mehr stattfindet. Und wenn wir das noch mit Geld verteuern wollen, egal, auf welchem Kanal, dann ist das eigentlich hinausgeworfenes Geld. Der über Jahre praktizierte Missbrauch des Begriffs «Service public» ist und bleibt somit eine haltlose Phrase. Ich bitte Sie, dieses Postulat abzulehnen.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Wenn man hier den Grünen und der AL zuhört, dann fühlt man sich im falschen Film. Müssen wir hier eine Branche retten, sind wir bereits an diesem Punkt angekommen? Wenn die Befürworter hier argumentieren, dann geht es darum, dass einfach mehr Geld gesprochen werden soll, Subventionen für die Medienschaffenden. Übrigens geht es hier nicht um die Motion von dir, Judith, 479/2022, das ist heute nicht das Thema, sondern wir haben das Postulat hier. Und dann an die Medienschaffenden: Müsst ihr wirklich Subventionen erhalten, damit ihr unabhängig seid? Das ist schon ein bisschen seltsam. Und wird mit Subventionen dann die Qualität besser? Das mag ich sehr, sehr stark bezweifeln. Also überlegt mal, was ihr hier genau fordert. Und deshalb ist die einzig richtige Antwort: nicht unterstützen. Das gehört einfach nicht hierhin, dass der Staat eine Branche unterstützt. Danke.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal: Geschätzter Rochus, doch, es geht eben auch um die Ausbildung von Medienschaffenden, und hier kann der Kanton Zürich ganz konkret etwas machen. Er tut dies mit der ZHAW, mit dem Journalismus-Kurs an der ZHAW, aber er könnte eben auch das berufsbegleitende Medienausbildungszentrum MAZ in Luzern subventionieren oder, besser gesagt, unterstützen, also jene Zürcherinnen und Zürcher, die dort eine sehr, sehr gute, praxisnahe Ausbildung machen und auch über ihren Beruf reflektieren. Hier hätte der Kanton Zürich eine Handlungsmöglichkeit, um dort wirklich ganz konkrete Medienförderung zu machen. Es geht schlicht um das und darum ist diese Motion von mir auch Teil dieser Medienförderung.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Ein kurzes Wort zum Votum der SVP: Genauso wie die Landwirtschaft eben ein wichtiger Teil der Ernährung ist, ist eben auch die Medienlandschaft wichtig für unsere Demokratie: Und die einen erhalten grosse Subventionen, Sie kennen das, liebe SVP, und Sie profitieren oder behaupten, Sie profitieren davon.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Für den Regierungsrat ist eine Mediensituation der Vielfalt sehr relevant für die demokratische Meinungsbildung. Im Kanton Zürich sind wir in der noch glücklichen Situation, dass wir eine einigermaßen grosse Vielfalt haben, auch wenn wir alle wissen, wenn wir die Medien konsumieren, dass das auch nicht mehr so ist, wie es einmal war. Vor allem die Mantelproduktionen haben da die Vielfalt massiv geschwächt. Geschwächt wurde in den letzten Jahren vor allem die regionale und lokale Berichterstattung. Das ist wahrscheinlich auch jener Bereich, den die Medienhäuser am meisten unterschätzen, was

Medienbindung und Medienkonsum betrifft. Ich denke tatsächlich, dass die Quasi-nicht-mehr-Versorgung wesentlicher Gebiete in diesem Kanton ein Problem ist. Es ist auch ein demokratiepolitisches Problem, weil kaum mehr Berichterstattung über Gemeindeversammlungen stattfindet, über politische Vorhaben einzelner Kommunen et cetera, wo eben auch eine mediale Öffentlichkeit der Kontrolle der politischen Behörden, aber auch der Meinungsbildung dient. Das ist ein Befund. Es ist sicher besser als in anderen Regionen der Schweiz, aber es ist auch nicht mehr so ideal. Und die Hauptaufgabe liegt bei den Medienhäusern, hier ihre unternehmerische Fantasie walten zu lassen, wie sie die Interessen der Bevölkerung so bedienen können, dass sie eben auch entsprechende Abonnentinnen und Abonnenten für die verschiedenen Kanäle gewinnen.

Aus Sicht der Politik ist Medienförderung ein ganz anspruchsvolles Gebiet, das ist uns allen bewusst. Das hat auch dazu geführt, dass der nationalen Vorlage heftiger Widerstand entgegengebracht wurde. Die Gründe wurden in dieser Debatte wieder aufgeführt. Die Frage, inwiefern grosse Medienhäuser, die Dividenden auszahlen, tatsächlich von welcher Art von Förderung profitieren sollen, wie man das eingrenzen könnte, auf wen dann ganz genau, mit welchen Begründungen, das ist alles sehr anspruchsvoll. Grundsätzlich gehört die Medienförderung auf die nationale Ebene. Das ist auch aus Sicht der Regierung klar. Der Kanton kann indirekte Medienförderung betreiben. Das tut er, wie er in seinem Bericht ausführt, an zwei Orten sehr klar und auch mit einigen Mitteln: einerseits in der Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten an der ZHAW. Da stellt sich die Frage, inwiefern der Kanton eine weitere Schule in einem anderen Kanton noch mit unterstützen soll oder nicht. Aus Sicht des Regierungsrates ist er in erster Linie für die ZHAW verantwortlich und investiert dort sehr erhebliche Mittel in ein Angebot, diese Ausbildung für Medienschaffende, das in dieser Art ja auch erst besteht, seit es die ZHAW gibt, und die auch einen hohen Zulauf hat. Das andere indirekte Engagement ist in der Schule, gestützt auf den Lehrplan 21. Darin ist Medienkompetenz ein wichtiges Gebiet. Und auch das, der Lehrplan 21, ist immer noch relativ neu, und die entsprechenden Methoden und Kompetenzen in den Schulen sind auch erst in der Entstehung. Aber das wird ein ganz wichtiger Teil sein, dass man Kinder, Jugendliche immer wieder auch befähigt, mit der neuen, jeweils neuen Medienlandschaft und den neuen Angeboten umzugehen. Das ist sicher ein ganz, ganz wesentlicher Teil, um eben auch Mediennutzung als Gesamtes zu verstehen.

Ich bin auch keine Kulturpessimistin und der Regierungsrat ist das auch nicht, und deshalb betrachtet er die neu entstehenden Möglichkeiten auch nicht einfach als schwierig oder kritisch oder abzulehnen, sondern es wird auch da darum gehen, dass wir einen Umgang finden und die Kompetenzen erarbeiten, um eben auch in dieser vielfältigen neuen Medienlandschaft Echtheit, Authentizität, Faktenbasiertheit zu erkennen. Wir alle mögen uns erinnern, wie dramatisch es geschildert wurde, als der Fernseher in die Schweizer Stuben kam, dass das die Kinder verdirbt und dass die Realität verzerrt wird und dass wir da verführt werden. Wir haben es damals geschafft, wir werden es auch hier schaffen, uns die nötigen Kompetenzen aufzubauen und uns in dieser neuen Realität zurechtzufinden.

Der Regierungsrat will keine direkte Medienförderung, wird aber die beiden indirekten Instrumente weiterhin nutzen und ist dabei überzeugt, einen wesentlichen Beitrag an die Medienvielfalt und an die Qualität der Medien zu leisten.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 206/2021 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.